

STUDIENZENTRUM FÜR BÜRGERRECHTE (CENEDIC)
PHILOSOPHISCHE FAKULTÄT
GEISTESWISSENSCHAFTEN
UNIVERSITÄT SÃO PAULO

Betrachtungen zur Partizipativen Haushaltsführung der Stadt São Paulo.

Francisco de Oliveira

Cibele Saliba Rizek

Bericht an das Rosa-Luxemburg-Institut, Sao Paulo

herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin 2003

- Arbeitsübersetzung -

Chronik einer Revolution: Die Partizipative Haushaltsführung in São Paulo

Francisco de Oliveira

1. Einführung

In den vergangenen Jahrzehnten wurde die Begrenztheit festgeschriebener, bislang unangetasteter demokratischer Formen gerade im Hinblick auf die Vertretung von BürgerInneninteressen immer offensichtlicher. Es geht hier nicht darum, den Wert dieser demokratischen Formen zu leugnen, auch wenn sie in unserem Land – und insgesamt in Lateinamerika, Afrika und Asien – nur zu bestimmten Zeiten zur Anwendung kamen und dann durch Diktaturen und autoritäre Formen unterdrückt wurden. Diese Begrenztheit ist übrigens nicht nur an der Peripherie der kapitalistischen Welt, sondern auch in ihrem Zentrum spürbar.

Es sind vor allem die wachsende Komplexität der sozialen Beziehungen innerhalb der postindustriellen Gesellschaften, weitgehend diversifizierte Sozialstrukturen, die Macht der Medien, die enorme Konzentration von wirtschaftlicher Macht, die komplexen Wechselwirkungen von Staat und Gesellschaft sowie Staat und Markt, die die bisherige Form politischer Vertretung ins Wanken bringen. Das Entstehen nicht-institutioneller politischer Ausdrucksformen, wie der so genannten “Nichtregierungsorganisationen“, die als Akteure neben Gewerkschaften und politische Parteien treten, zeigt die erwähnte Begrenztheit auf eine andere Weise: Die klassischen Formen von Vertretung funktionieren nur, wenn hierfür ein hoher Preis gezahlt wird, nämlich einen wichtigen und wertvollen Teil der Gesellschaft von der Politik auszuschließen.

Eine weitere Tendenz ist das Aufblähen der Exekutive. Sie tritt nicht nur an die Stelle der Legislative, sondern drängt auch die Justiz an den Rand. Immer mehr Macht wird in Institutionen konzentriert, die für den Bürger wenig transparent sind und die nur noch auf Sicherung ihrer Existenz fixiert sind. Diese Exekutive verhält sich so, als ob ihr sämtliche Vollmachten in einer Art und Weise übertragen worden wären, die Guillermo O'Donnell “delegative Demokratie” nannte. Der Rückgriff auf außerordentliche Maßnahmen, ein Instrument, das seinen Ursprung im „tempo presto“ der Weimarer Republik hat, das alle modernen Verfassungen aufgegriffen haben, wurde letztlich eine Art „permanente Ausnahme“. Angesichts der Geschwindigkeit, mit der sich der globale Kapitalismus im “tempo *prestissimo*” verändert bringt er die politische Institutionalität – verfasst im Tempo “*lento e maestoso*” - in äußerste Bedrängnis.

Die direkte Demokratie im ursprünglichen Sinne, jener Traum von der “ewigen Rückkehr” zur griechischen *Agora*, ist angesichts der aktuellen Dimensionen der *Polis*, sowohl im Hinblick auf die Bevölkerungszahlen als auch die Heterogenität der Sozialstruktur nicht machbar. Ginge es doch um eine eine Struktur, die weder Nicht-Besitzende noch Frauen länger ausschließt, wie dies damals im Goldenen Zeitalter Griechenlands der Fall war. So haben wir es einerseits mit der repräsentativen Demokratie sowohl auf Ebene der Legislative als auch der Exekutive und andererseits mit der Tatsache zu tun, dass eine direkte Demokratie im reinen Sinne nicht machbar ist. Tatsächlich ist es zu einer fast vollständigen Intransparenz und Oligarchisierung der institutionellen Politik gekommen., In der Tat eröffnet selbst die good governance, ein Thema, welches der Rechten in ihre theoretischen Debatten sehr am Herzen liegt, den BürgerInnen keine neuen Räume.

Durch die Konzentration von wirtschaftlicher Macht, mit der sich solche Giganten wie Microsoft selbst der Regierung der USA widersetzen, werden die politischen Institutionen zu Anachronismen, wobei die Medien diese Tendenz mit ihrem Diskurs über die Inflexibilität Regierung, lustlose Exekutive und langsame Justiz häufig noch verstärken. Außerdem führte sie dazu, dass das liberale Paradigma von freier Wahl und freier Initiative als *conditio sine qua* der Demokratie zu einer Fiktion geworden ist. Die Möglichkeit der Verteilung von Reichtum über Marktmechanismen hat den Boden der Fiktion, auf dem sie sich übrigens immer bewegte, verlassen, um sich in das genaue Gegenteil zu verkehren: beraubt der Voraussetzungen zur wirtschaftlichen Regulierung und infolge der Zerstörung des *Welfare State*, nimmt die Ungleichheit innerhalb der am meisten entwickelten Länder ständig zu. An der Peripherie wird dieses Desaster noch dadurch vergrößert, dass das Wenige, was erreicht werden konnte, zerstört wurde, und sich der Begriff der Gleichheit semantisch selbst disqualifizierte, indem er für die ärmsten Länder zu einer reinen Kostenposition wurde, die verhindert, dass sich das volatile Kapital ihrer annimmt.

In der liberalen Tradition, wie z. B. der in den USA, war es der Realismus, der zur Institutionalisierung von Gruppeninteressen führte, die in der Vergangenheit als anti-politisch und unerwünschte Einmischung in die institutionelle Macht angesehen wurden. Es kam zur Bildung von *lobbies*, für die in den USA Regeln und Vorschriften erlassen wurden, und die – ohne an eine Partei gebunden zu sein - Zugang zu den Entscheidungszentren auf allen Ebenen der Exekutive, Legislative und Justiz eröffnen sollten. In anderen, weniger liberalen und weniger offenen Traditionen, bestehen und

funktionieren solche außerpolitischen Gruppierungen innerhalb der Grauzone von Korruption.

Dieses Gesamtgeflecht aus globaler Dimension, hohem Tempo von Umgestaltung und Veränderung, Entpolitisierung der Wirtschaft und Denationalisierung der Politik bewirkt, dass die Territorialität als Grundlage von Politik überhaupt keine adäquate Form mehr die Realisierung des BürgerInnenwillens darstellt. Das System hat sich offenbar in eine Nicht-Form verwandelt, welche unnahbar für die BürgerInnen ist, sich aber weiterhin der klassischen bürgerlichen Formen bedient, im Stile der Prämoderne, patrimonial und patriarchalisch, während sich die reale Bewegung schon längst nicht mehr an ihnen orientiert.

Ohne die Anstrengungen der BürgerInnen, ihrerseits jene überholten und festgeschriebenen Formen zu überwinden und sich Zugang zur Komplexität des Lebens zu verschaffen, wäre die „Lebenswelt“ nach Habermas bereits längst in einer „Systemwelt“ untergegangen. Alle neuen Organisationen sind neue Formen im Umgang mit einer Komplexität, die durch die geltende Institutionalität unterdrückt worden war, Dabei galt diese Institutionalität nur für die Beherrschten–. In einer Art unermüdlichen Aufbaus und Wiederaufbaus von Demokratie, innerhalb eines großartigen Spektrums, welches – und ich beschränke mich hier ganz bewusst in meiner Beschreibung – vom Schutz der Wale bis hin zum Weltsozialgipfel von Porto Alegre reicht, fanden BürgerInnen eben solche neuen Formen des Umgangs mit der Komplexität von Wirklichkeit.

2. Die Partizipative Haushaltsführung als politische Innovation

In Brasilien verbreitet sich eine außerordentliche politische Innovation, die unter dem recht verkürzten Begriff der Partizipativen Haushaltsführung bekannt geworden ist. Sie ist durch folgende Merkmale gekennzeichnet:

Sie erfaßt die Beziehungen zwischen Exekutive und Legislative in ihrer Gesamtheit. Sie greift in die Rolle des Staates bei der gesellschaftlichen Regulierung der Wirtschaft und bei der Gestaltung einer Sozialpolitik unter aktiver Mitwirkung der Bürger in den jeweiligen Schwerpunktbereichen ein. Sie trägt zu einer neuerlichen Verknüpfung von Bürgerwillen einerseits und Entscheidungen von Legislative und Exekutive andererseits bei, indem sie BürgerInnen Zugriff auf einen Teil der delegierten Macht an ihrer Quelle, den öffentlichen Haushalten, verschafft. Sie verringert die Distanz zwischen

Regierenden und Regierten und schaltet eine Ebene zwischen der zu Ende gehenden klassischen Form der Vertretung und einer erträumten, wenn auch nicht realisierbaren, direkten Demokratie ein.

Diese Innovation ist Teil jener langen Kette von Ereignissen, die mit der Pariser Kommune ihren Anfang nahm, die sich fortsetzte in den lokalen Autonomiebestrebungen, die von der liberalen Tradition Nordamerikas, karikiert in den *bangs-bangs*, bis in die ersten drei Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts reichte, von den revolutionären Räten in Turin bis zum Roten Wien, den *banlieues rouges* von Paris bis hin zu den sechziger Jahren, nach Grenoble, Bologna, Modena, dem Italien von Bobbio und Togliatti – je reicher *più rossa*. In Brasilien begann es in den 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts mit den ganz neuen Erfahrungen von Lages und Joinville, in Santa Catarina; Erfahrungen, die sich die neue parteigebundene Institutionalität, kurz vor Ende der Militärdiktatur entstanden, noch schnell zu eigen machte.

In Porto Alegre, mit einer Verwaltung unter Führung der Arbeiterpartei (PT) innerhalb einer Linkskoalition wurden diese Erfahrungen aufgegriffen. Die Partizipative Haushaltsführung wird dort bereits seit nun vierzehn Jahren praktiziert. In verschiedenen Ausprägungen gibt es sie in unzähligen Städten Brasiliens, die von der Linken verwaltet werden, ohne dass die PT das Monopol darauf oder gar eine Exklusivität hätte.

Konzept und praktische Umsetzung hängen von zwei wesentlichen Faktoren ab: Erstens, eine Stadt mit den Einschränkungen zu verwalten, die das "Wirtschaftsmodell" und die momentan rein neoliberale Wirtschaftspolitik, die darauf gerichtet ist, Einkommen unter anderenorts vorbestimmten Bedingungen umzuverteilen, aufzwingen; zweitens, eine tiefe Verwurzelung innerhalb der Bevölkerung, ähnlich der „Auster am Fels“, wie es ja der legendären KPI im Nachkriegsitalien gelang, zu erreichen, um aktive Mitglieder und Mitstreiter als Garanten der Macht unter solchen Bedingungen zu gewinnen, unter denen die „ökonomischen Kräfte“ beinahe immer dagegen wirken. Diskussion und Beratung – nicht einfach Konsultation – über den Haushalt von Städten und Gemeinden, darin scheint der Weg zu bestehen. Ausgehend von Erfahrungen in Porto Alegre hat die Regierung des Bundesstaates Rio Grande do Sul, seit zweieinhalb Jahren unter der PT im Amt, bereits jetzt dieses Konzept auf den ganzen Bundesstaat mit seinen 497 Städten und Gemeinden ausgedehnt, von denen die PT in lediglich 47 den Bürgermeister stellt.

Diese politische Innovation stellt sich als die Schaffung eines neuen politischen Rechts im Sinne T.H. Marshalls dar, , und bereichert das vorhandene Arsenal von Instanzen, in denen soziale Klassen und Gruppen aktiv an der Verwaltung teilnehmen. Es geht in diesen Prozessen nicht um die Erneuerung von Mandaten, sondern um aktive Teilnahme an der Gestaltung des täglichen Lebens, ohne dabei auf die anderen Instanzen von Verwaltung und Politik zu verzichten. Die Mitwirkung erfolgt im Rahmen der Diskussion über den Haushalt, der im modernen Staat das Kernstück von Politik und Verwaltung ist. Die Erfahrungen von Porto Alegre und Belo Horizonte, und jetzt des Bundesstaates Rio Grande do Sul bestätigen die teilweise Delegation von Macht an die neue Instanz und unterstreichen die Tatsache, dass diese Beratungen zu einer enormen Stärkung der Mitwirkung führen und das Vertrauen in die Politik als Aktivität des Volkes und vom Bürger selbst mitgetragener Aufbauarbeit wiederherstellen. Hier sei an die Worte von Thompson über "gleiche und freie Brasilianer" erinnert. Fortschritte in der Verfassung müssen sich noch in den neuen Institutionen widerspiegeln; aber es besteht kein Zweifel daran, dass die sozialen Gruppen und Klassen heute ihre Mitwirkung an der Partizipativen Haushaltsführung (PH) als ein unveräußerliches Recht betrachten.

Wiederholt wird Kritik laut; einmal von der politischen Rechten, die aus gutem Grund fürchtet, dass ein Teil des Haushalts nicht länger für die Manipulation von Wahlen zugunsten einer bestimmten Klientel zur Verfügung steht und damit der Korruption entzogen wird. Kritik kommt auch von den Formalisten aus Politikwissenschaft und Verfassungsrecht, die die PH des Populismus, der Unterwanderung der Verfassung sowie des Vordringens in die Rechte und Vollmachten der bislang festgeschriebenen politischen Institutionen und Instanzen bezichtigen. Außerdem würden diejenigen, die über den Haushalt beraten, dies lediglich als BürgerInnen von begrenzt definierten Gebietskörperschaften und nicht als UniversalbürgerInnen tun.

Dabei wird vergessen, entweder aus bestimmten Interessen heraus oder getrieben von einem Übermaß an legalistischem Eifer, dass die Verfassung das Entstehen neuer Formen mit der Erklärung erlaubt, dass „alle Macht vom Volke ausgeht und in seinem Namen ausgeübt wird“¹. Wer sich unvoreingenommen von der Funktionsweise der PH aktuell überzeugen möchte wird sehen, , dass diese nach klaren Regeln funktioniert, für die gesamte betroffene Bevölkerung offen und zugänglich ist, dass die Prinzipien der

Gleichheit gelten, Kontrollen der neuen Vertretung durchgeführt werden und Zufälle in den Beratungen aufgrund von für alle TeilnehmerInnen vorhersehbaren und kontrollierbaren Vorgängen ausgeschlossen sind. Die Partizipative Haushaltsführung greift nicht in Ausgaben oder Einnahmenseiten ein, die laut Verfassung unantastbar sind, wie zum Beispiel die Beamtengehälter oder Maßnahmen zur Aufrechterhaltung verfassungsmäßiger Vollmachten. Außerdem darf die PH keine Ausgaben vorsehen, für die es keine entsprechenden Einnahmen gibt, und die Erhebung von Steuern bleibt weiterhin ausschließlich den gewählten Vertretungen der Kommunen und den Parlamenten der Bundesstaaten vorbehalten.

Mit anderen Worten, die PH hält sich strikt an die Vorgaben der Verfassung, und das Argument der Einschränkung von garantierten Rechten und Vollmachten von Exekutive und Legislative entbehrt jeder Grundlage. Allerdings gibt es Diskussionen und Auseinandersetzungen um Prioritäten; diese werden auch zwischen den betroffenen Stadt- bzw. Gemeindebezirken und zwischen den Städten bzw. Gemeinden innerhalb eines Bundesstaates geführt. Da jedoch solche Kriterien wie Bevölkerung, Einkommen und Ausmaß der Armut zugrunde gelegt werden, kann verhindert werden – was jedoch wie stets von der konkreten Praxis abhängt – dass daraus ein Wettbewerb im Schmitt'schen Sinne, ein Nullsummenspiel oder gar ein Hobbes'scher Krieg „Jeder gegen Jeden“ wird.

Andererseits wird bei mancher Kritik von der Linken die Partizipative Haushaltsführung so dargestellt, als ob sie die Verantwortung für eine Schwächung des Klassenkampfes und der Auseinandersetzungen an anderen Fronten, an denen das Volk in die Politik eingreift, trüge. Die partizipativen Energien würden auf den Streit um den an sich unwichtigen Haushalt konzentriert. Dazu lässt sich sagen, dass die PH im Hinblick auf die gemäß Verfassung geschaffenen Instanzen ziemlich konservativ und der Prozentsatz von Investitionen, über die diskutiert wird, sehr gering ist. Die eigentliche Neuerung liegt in der aktiven Mitwirkung von Klassen und Gruppen in der Verwaltung von Ausgaben und Einnahmen des Staates, in der Debatte um die Ausübung von Macht und im Öffnen jenes „eisernen Käfigs“, in dem die Bürokratie die Demokratie erstickt, wie es Weber in seiner klassischen Formulierung zum Ausdruck brachte. Das Volk kann an der sehr komplizierten Verwaltung des modernen Staates teilnehmen, was eine nicht zu

¹ Die geltende Brasilianische Verfassung entstand in unmittelbarer Reaktion auf die Erfahrungen der Militärdiktaturen und räumt relativ weite Spielräume für die Schaffung von direkt-demokratischen

unterschätzende Aufgabe ist, die sich - in Anlehnung an die alte Leninsche Metapher - auch nicht mit dem Verwalten einer Küche vergleichen lässt. Vielleicht ist gerade das die kreativste Rezeptur, um Menschen in diese Komplexität einzuführen.

Die Partizipative Haushaltsführung als eine neue Form – und vielleicht als neues Recht – entstand als “methodisches Mittel” der politischen Kräfte, die sich in Opposition zu den traditionellen politischen Parteien und Koalitionen befanden, um in einem wirtschaftspolitisch konservativen, jetzt jedoch rein neoliberalen Umfeld Präfekturen zu verwalten, ohne dabei von den Zielen und Verpflichtungen aus dem Wahlkampf abweichen zu müssen. Außerdem, suchte man das Bündnis mit dem Volk und seine Einbeziehung, um jene Probleme zu umgehen, die sich aufgrund fehlender Mehrheiten in Abgeordnetenhäusern, Kammern und Kommunalversammlungen ergeben. Wie man aus Literatur und Praxis sehr wohl weiß, passt sich das System in seiner Gesamtheit nur selten an die Ergebnisse von Wahlen an, bei denen sich Mehrheiten zur Besetzung von Posten innerhalb der Exekutive gebildet haben.² Dort, wo es der Linksopposition gelang, die Exekutive zu stellen, bleibt sie im Allgemeinen in den gewählten Vertretungen in der Minderheit. Diese Tatsache braucht man weder bedauern noch verteufeln, denn dadurch ist garantiert, dass keine politische Kraft eine Monopolstellung einnimmt.

Mit der PH sollte eine zusätzliche Instanz geschaffen werden, um dieses Ungleichgewicht mit auszutariieren und etwas zu bewirken, das Gramsci die Schaffung einer Gegenhegemonie nannte. Aktuell gibt es PHs in Porto Alegre und Belo Horizonte sowie, seit jüngster Zeit in ganz Rio Grande do Sul³; in kleineren Städten und Gemeinden wird sich diese Erfahrung wiederholen.

3. Perspektiven der Partizipativen Haushaltsführung in São Paulo

Der Vorschlag zur Einführung der Partizipativen Haushaltsführung in São Paulo stellt einen qualitativen und quantitativen Sprung dar. Emir Sader bezeichnete die Einführung einer PH in São Paulo als ihren Lackmustest. Allein durch die Größe, São Paulo zählt

Strukturen ein. (Anmerkung des Bearbeiters)

² Dementsprechend wird das OP in Porto Alegre auch eng mit der Person des Bürgermeisters verknüpft, er wurde und wird mit diesem Programm gewählt. Im Stadtparlament von Porto Alegre hatte über lange Zeit die konservative Opposition die Mehrheit. (Anmerkung des Bearbeiters)

³ Bei den Wahlen 2002 hat die PT den Gouverneursposten des Bundesstaates allerdings verloren. Im laufenden Jahr werden die Beschlüsse des OP-Prozesses von 2002 wohl umgesetzt, ob der Prozeß unter dem neuen Gouverneur weitergeführt wird, wird allerdings bezweifelt. (Anmerkung des Bearbeiters)

12 Millionen Einwohner, was etwa der Bevölkerungszahl des gesamten Bundesstaates Rio Grande do Sul und dem Mehrfachen der Städte Porto Alegre und Belo Horizonte entspricht, nimmt das Ganze atemberaubende Dimensionen an. Die Probleme, die man vereinfacht unter "politischer Arithmetik" zusammenfassen könnte, sind sehr schwierig; die Stadt müsste als erstes verwaltungsmäßig so aufgeteilt werden, dass die Gesamtheit von Territorium und Bevölkerung erfasst wird.

Die Komplexität der Sozialstruktur, das vorhandene Konfliktpotenzial, die ungleiche Verteilung von Wirtschaftskraft – die Spitzen der Großbourgeoisie, die großen multinationalen Konzerne und die wichtigsten einheimischen Konzerne haben ihren Sitz in São Paulo –, eine in ganz Brasilien einmalige ethnische Heterogenität, all das, was die apologetische Literatur „globale Stadt“ nennt, verleiht São Paulo eine in ganz Brasilien unerreichte Komplexität im Hinblick nicht nur auf die eigentlichen Machtorgane des Staates, sondern auch auf die beherrschten Gruppen und Klassen. Praktisch alle brasilianischen Städte sind heute eine Art zerbrochener Spiegel: in jedem einzelnen Bruchstück reflektiert sich Brasilien als Ganzes: anarchisch, chaotisch, beweglich, unvorhersehbar, unkontrollierbar, in ständiger Veränderung, mit einer ungeheuren Konzentration von Reichtum und Macht neben schlimmstem Elend und tiefster Not. Der schnelle Wechsel von beruflicher Tätigkeit und Wohnsitz innerhalb von São Paulo, die Erfindung von Tätigkeiten als Überlebensstrategie angesichts fehlender formaler Beschäftigungsverhältnisse sowie die Schaffung neuer Räume, ja beinahe neuer Städte in rasendem Tempo führt dazu, dass Repräsentanzstrukturen und räumliche Nutzungsmodelle nur von kurzer Dauer sind, auch wenn es den Anschein hat, dass sie sich schnell erneuern. Es besteht kein Zweifel daran, dass sich die Quantität, der Maßstab ändert und damit die Qualität. Daher ist São Paulo der definitive Test, zumindest in diesem historischen Zeitabschnitt.

Im Hinblick auf die Krise der repräsentativen Demokratie gleicht São Paulo jeder anderen brasilianischen Stadt, angefangen bei den ärmsten und in der Städtelandschaft unbedeutendsten bis hin zu den Hauptstädten. Schaut man sich den Stadtrat und seine Zusammensetzung an, möchte man nicht glauben, dass man es mit einer der fünf größten Städte der Welt zu tun hat; gleiches gilt für den Posten des obersten Kommunalpolitikers der Stadt. Der eine wie der andere verhält sich unerschütterlich treu zur Klientel, Stadtrat und Verwaltung gewähren Personen Unterschlupf, die nicht einmal der bescheidensten patrimonial geprägten Stadt zur Ehre gereichen würden, und die Spitze der Exekutive wird ständig von Personen besetzt, die wegen ihrer

unverschämten Klientelpflege sprichwörtlich von der gesamten Nation abgelehnt werden. Dazu kommt noch, dass sie in ihrer konservativen Orthodoxie sogar die Republikaner in Texas übertreffen. Vor kurzem ereigneten sich recht bedeutende Veränderungen im Stadtrat, und die letzte Wahl zur Präfektur endete mit der überraschenden Nominierung einer Frau, die dazu noch der PT angehört.

Die Bedeutung der möglichen Einführung von Partizipativer Haushaltsführung in São Paulo beruht auf der zentralen Rolle der Stadt in allem, was mit Mobilität und Sozialisierung zu tun hat. Brasilien ist ein urbanes Land, in dem das Urbane die Vorstellungswelt, die Sozialisierung dominiert und, wie könnte es anders sein, im Sturm der globale Prozesse eine neue Stadt hervorbringt und dabei das ländliche, oligarchische, patrimoniale und patriarchale Erbe aufnimmt, filtert und neu definiert. Diese neue Stadt ist São Paulo, nicht weil sie hervorragende Qualitäten hätte, sondern wegen ihrer explosiven Mischung von alledem, was Brasilien ausmacht, wegen der wieder aufgebrochenen Konflikte und Zwänge, für die es nur eine nach vorn gerichtete Lösung geben kann. War Rio früher die perfekte brasilianische Synthese sämtlicher Kulturen, die zu einer einheitlichen verschmolzen, der "cultura carioca", ist São Paulo heute die Antithese, denn sie bringt keine einheitliche Kultur hervor, in der sich alle wieder finden, sondern fügt eher die Teile des zerbrochenen Spiegels zusammen. Sie ist gleichzeitig die größte Stadt des Nordostens, die größte Bergbaustadt, die wahrscheinlich größte italienische Stadt außerhalb Italiens, die größte japanische Stadt außerhalb Japans, offensichtlich die größte Stadt im Bundesstaat São Paulo, aber nicht die größte „brasilianische“ Stadt.

Diese Komplexität verlangt nach einer politischen Erfindung wie der PH, denn diese ist nicht einfach eine vermittelnde oder Zwischeninstanz, sondern steht auch für proportionale oder Verhältnisrepräsentanz. Die Frage ist nun, was für eine Repräsentanz und in welchem Verhältnis wozu? Durch die hohe Mobilität der Stadt in Raum/beruflicher Tätigkeit/Klassenzugehörigkeit zerfallen sämtliche auf dieser Basis beruhenden Vertretungsformen sehr schnell, um anderen Platz zu machen, die man der "Postmoderne" zuschreibt (eine Bezeichnung, die kein Konzept darstellt, sondern lediglich ein Mittel der Negation). Es scheint, als ob die Partizipative Haushaltsführung – nur aufgrund ihrer Offenheit - in der Lage wäre, Beziehungen wieder herzustellen oder zu schaffen, sowie erneuerte Beziehungen, im Sinne Durkheims, zwischen Territorialität und Mangel, Territorialität und Bündelung von Interessen, Territorialität und Rechten zu fördern. Es ergibt sich scheinbar eine neue Möglichkeit zur

Universalisierung, nicht ausgehend von einer angenommenen Gleichheit, sondern von gemeinsamen Bedürfnissen, ausgerichtet auf gleichen Zugang zu den Ressourcen des Staates. Es kann sich durchaus auch um die Schaffung einer neuen Universalität handeln.

4. Studienagenda zur Partizipativen Haushaltsführung in São Paulo

Es gibt bereits eine Bibliografie, wenn auch in begrenztem Umfang, zu den Erfahrungen mit der PH in Porto Alegre. Daneben existieren Artikel und Veröffentlichungen von direkt Beteiligten oder solche, die mit Förderung der betroffenen Präfekturen und jetzt der Regierung des Bundesstaates Rio Grande do Sul erschienen sind. Wissenschaftlich begründete Bewertungen sind noch selten, denn es lässt sich nicht leugnen, dass die "normale Wissenschaft" Vorurteile gegenüber partizipativen Verfahren hegt. Das, was verfügbar ist, wurde also *a posteriori* geschaffen.

Hier geht es nun darum, nach erfolgter Wahl der Repräsentanten, die Genese des PH in São Paulo auszulösen und zu gestalten. Um es vielleicht etwas hochtrabend auszudrücken: hier wird die Chronik dieser neuen politischen Vorgehensweise geschrieben. Der Vergleich mag übertrieben sein, aber es ist, als würde die Chronik der Französischen Revolution im Moment ihres Verlaufs geschrieben, Geschichte in der "Hitze der Stunde", wie Walnice Nogueira Galvão sagte, noch ungeschminkt, ohne die Läuterung, die im Laufe der Zeit erfolgt, die Geschichte der Ergebnisse, des Sieges und der Niederlage der um die Macht in dieser neuen Form der Vertretung streitenden Fraktionen. Es geht nicht um Reinheit oder Unreinheit des Prozesses, sondern um den Augenblick der Entstehung. In jedem Augenblick stellen sich natürlich Fragen, ähnlich wie zu den bereits festgeschriebenen politischen Formen, und das kann außerordentlich wichtig sein für die Beantwortung der entscheidenden Frage nach der politischen Neuheit dieser Erfahrung, dieses Konzepts.

Es ist bekannt, dass die Handlung des Staates oder, um genauer zu sein, der Regierungen von ganz entscheidender Bedeutung ist: die PHs sind eine Folge, so etwas wie der Spross, der *longue durée* der sozialen Bewegungen, die seit den 70er Jahren an Bedeutung zunahm. Dieser Zeitpunkt, die 70er Jahre, sei hier deshalb genannt, weil es darüber unter den Autoren, die sich mit Gesellschaftsgeschichte beschäftigen, einen Konsens gibt – was nicht heißen soll, dass es sie vorher nicht gegeben hätte, nur eben ab dieser Zeit in neuer Quantität und Qualität.

Ein PH wiederum wird nicht automatisch ausgelöst, sondern die Entscheidung darüber hängt vom politischen Willen der Regierungen ab. Der Beweis dafür ist, dass es nur wenige konkrete Beispiele für eine PH gibt. Es gilt die komplexen Ursachen herauszufinden, warum Regierungen sich zur Einführung Partizipativer Haushalte entschieden haben.

Und hier fangen die Probleme an: Wie muss die räumliche Aufteilung als Voraussetzung für das Funktionieren einer PH erfolgen? Verbergen sich hinter dieser Aufteilung eventuell alter Zwist und alte Befindlichkeiten? Greift sie die neue Flexibilität in Beschäftigung und Raum auf? Oder ist das ohne Bedeutung? Wie oft sollen Versammlungen stattfinden? Jüngste Erhebungen der PH-Koordinierungsstelle in São Paulo bezeugen eine konstante Versammlungshäufigkeit, die die Alteingesessenen in den Kammern, Vertretungen und im Senat erröten ließe. Wer sind die Gewählten? Welchem Geschlecht, welcher Ethnie gehören sie an, welcher Tätigkeit gehen sie nach, welchen Beruf haben sie und welcher politischen Couleur sind sie zuzuordnen? Wie sollten die Delegierten ausgewählt werden? Welche Dynamik entwickelt sich möglicherweise während einer Versammlung? Kann diese von Versammlung zu Versammlung unterschiedlich sein? Die Parteien und ihre Fraktionen sind vorhanden und vertreten; somit wäre es naiv zu glauben, mit der PH würde das Rad noch einmal erfunden: handelt es sich im allgemeinen um linke Verwaltungen, ist klar, dass die Parteien und ihre Fraktionen von Anfang an dabei sind, wahrscheinlich sogar als treibende Kräfte. Ist aber eine politische Diskriminierung möglich? Zeichnen sich bereits raffiniert eingefädelte Führungsstrukturen ab oder eröffnet das Konzept neue Möglichkeiten? Gibt es unter der Bevölkerung einen technischen „Sachverstand“, der für eine neue Art der Repräsentanz nach Faucault so entscheidend ist? Oder ist es ein politischer „Sachverstand“?

All diese Fragen, die natürlich nur indikativer Art sind, bilden erst einmal eine Art Fahrplan für weitere Betrachtungen. Der Partizipative Haushalt in São Paulo befindet sich noch in seinen Anfangsjahren; aber ungeachtet der aus Porto Alegre, Belo Horizonte und jetzt dem Bundesstaat Rio Grande do Sul übernommenen Kenntnisse bietet sich die seltene Gelegenheit, einen PH von Anbeginn zu beobachten und ihn über mindestens zwei Jahre zu begleiten, bis dann präzisere Bewertungen möglich sind.

Partizipative Haushaltsführung – Bewertung, Überwachung, Begleitung: methodische Fragen - Einige Überlegungen zum Konzept der Partizipativen Haushaltsführung

Cibele Saliba Rizek

Neben allen demokratisierenden Eigenschaften der Partizipativen Haushaltsführung als Form der Verwaltung von Städten, liegt ihrer formalen Definition – als jährliches Verwaltungsinstrument, das erlaubt, die Bedürfnisse der Bevölkerung als Priorität zu behandeln – die Absicht zugrunde, universellen Zugang zu den Beratungen über Investition im öffentlichen Sektor zu ermöglichen und somit eine Mitbestimmung beim variablen Teil der öffentlichen Investitionen zu erreichen. In diesem Sinne liegt das Ziel darin, die Beschlussfassung zur Verwendung öffentlicher Gelder, die als Diskussionsgrundlage für eine Demonetisierung des Lebens genutzt werden kann, öffentlich zu machen und somit soziale Rechte zu stärken oder neu zu schaffen. Diese formale und relativ schlichte Definition ist nützlich, vor allem, weil die politische Neuheit der Partizipativen Haushaltsführung sich genau auf ihre universalisierenden Dimensionen gründet. Zu einer Zeit, die geprägt ist durch die Privatisierung ganzer Teile der Sozialpolitik, die dann beschränkt sind auf einen nicht allgemein zugänglichen, auf Gewinn ausgerichteten und kommerzialisierten Bereich, gleichfalls der Privatisierung von Entscheidungen bezüglich des räumlichen Lebensbedingungen ist dies von außerordentlicher Bedeutung. Vor diesem Hintergrund hat sich die Partizipative Haushaltsführung als Instrument der Demokratisierung und der Politisierung der Städte als ein Prozess konstituiert, dessen Struktur eine Vielzahl von Fragen mit einbezieht. Es handelt sich dabei um Fragen wie zum Beispiel die Erarbeitung von Kriterien der BürgerInnenbeteiligung, die Festlegung von Organen der BürgerInnenbeteiligung, die Regionalisierung der öffentlichen Verwaltung zur Ermöglichung einer räumlichen Definition für die Formulierung von Bedürfnissen, die Organisation lokaler Plenarversammlungen, die „Vergemeinschaftung“ des Gemeindehaushalts, die Erarbeitung von Kriterien zur Wichtung regionaler Bedürfnisse, die Einrichtung von Räten und die Bestimmung ihrer Aufgaben, etc. In einer kurzen Rückschau kann außerdem hervorgehoben werden, dass die Partizipative Haushaltsführung als Instrument der Demokratisierung und Politisierung

der öffentlichen Verwaltung sich in ungefähr 140 brasilianischen Städten (Stand 2000) auf sehr unterschiedliche Weise entwickelt hat. Sie ist die Verwaltungsform in ca. 2% aller Gemeinden des Landes, die sich wie folgt innerhalb des politischen Spektrums aufteilen: Von den 140 Städten, die im Jahr 2000 durch Partizipative Haushaltsführung verwaltet wurden, waren 73 von der PT regiert, 33 von Parteien der politischen Linken und der linken Mitte und 34 von Parteien der politischen Rechten. Von diesen Städten befanden sich 84% im Süden oder Südosten des Landes; die Hälfte der Städte, die durch PH verwaltet wurden, hatte weniger als 100.000 Einwohner und nur 5% dieser Städte mehr als eine Million. Außerdem fällt auf, dass in diesen 140 Städten die Lebensqualität recht unterschiedlich war (und immer noch ist).

Ein großer Teil der Literatur zur PH stimmt darin überein, dass das Konzept der Demokratisierung der örtlichen Verwaltungen zum ersten Mal in den 70er Jahren aufkam, beginnend mit den Erfahrungen der PH in Lages (Bundesstaat Santa Catarina) und Boa Esperança (Bundesstaat Rio Grande do Sul). Mit den Kämpfen zur Demokratisierung des Landes im Laufe der 80er Jahre verbreitete sich das Konzept der PH erheblich, wobei die ersten demokratisierten Verwaltungen in Diadema, Pelotas und Vila Velha, in den Jahren zwischen 1983 und 1988 entstanden. Zwischen 1989 und 1992, waren es 12 Städte, die eine Partizipative Haushaltsführung realisierten. Dazu gehörten Porto Alegre, Piracicaba und Santo André. Zwischen 1993 und 1996 stieg diese Zahl auf 36 an, und in der Zeit von 1997 bis 2000 wurde in 140 Städten diese Art der Haushaltsführung angewandt. Wie aus den Zahlen zu erkennen ist, hat sich die Praxis der Partizipativen Haushaltsführung vor allem in den 90er Jahren verbreitet. Einige Bilanzen zeigen, dass die Schwerpunkte sich hauptsächlich auf die Schaffung von Mechanismen zur Überwachung und Kontrolle der öffentlichen Gelder konzentrieren. Ziel ist es, effizientere Praktiken der öffentlichen Politik in einem Prozess eines verstärkten politischen Lernens und im wachsenden Bewusstsein der Rechte der BürgerInnen, zu fördern. Diese Form der Ausübung politischer Rechte versteht sich als Gegensatz zu den Lobbys der Exekutive und Legislative. Somit soll schließlich eine Veränderung der Qualität des Verhältnisses zwischen Zivilgesellschaft und Munizipalgewalten erreicht werden.

Es ist jedoch wichtig, einige Schwierigkeiten zu erwähnen, die im Spektrum der verschiedenen Erfahrungen mit der PH anzutreffen sind. Eine erste Schwierigkeit betrifft die Ungleichheit zwischen den TeilnehmerInnen der Plenarversammlungen und den Abgeordneten in Bezug auf ihre Informiertheit über die Mechanismen und die

Zusammensetzung des Gemeindehaushalts. Somit erfordert die Umsetzung der PH Investitionen in Bildung, Lehrgänge, die Erarbeitung von Informations- und Schulungsmaterial, etc. Ebenso erfordert sie die Rekrutierung von Kadern, die in der Lage sind, die für die Demokratisierung der Information und Bildung der Abgeordneten und Ratsmitglieder erforderlichen Methoden und Materialien zu entwickeln. Einige Autoren weisen außerdem auf die Schwierigkeit einiger Präfektoren hin, nicht nur die Art und Weise der Information über Beratungsthemen zu demokratisieren, sondern auch die Informationen über die Gesamtheit des Haushalts, die enthaltenen finanziellen Verpflichtungen, Einnahmen und Ausgaben. Es ist auch notwendig festzustellen, dass einige der Bedürfnisse der Bevölkerung nicht auf Gemeindeebene bedient werden können. Somit kommen wir zur Frage des Verhältnisses zwischen der Demokratisierung auf lokaler Ebene und der überregionalen Politik, deren Entscheidungen auf anderer Ebene getroffen werden. Außerdem stellen sich solche Fragen wie die der Verteilung der Kompetenzen und des Zusammenspiels zwischen den Bereichen der BürgerInnenbeteiligung und den Verwaltungsbereichen. Dies gilt auch für die Erarbeitung und für die Vergesellschaftung von Informationen über Verwaltungsmechanismen und Regierungstätigkeit, sowie für die Verknüpfung von Planungsprozessen sowie der kurz- und mittelfristigen Haushaltszuteilung. Diese Elemente sind wichtig, da ungeklärte Fragen in diesen Bereichen die Glaubwürdigkeit und die Legitimität der zwischen den Gemeindeverwaltungen und der Zivilgesellschaft getroffenen Vereinbarungen aufs Spiel setzen können.

Vielleicht macht diese kleine Zusammenstellung einige der Schwierigkeiten deutlich, die sich in den folgenden Daten ausdrücken: 42% der konkreten Projekte Partizipativer Haushaltsführung haben weniger als 3 Jahre gedauert und haben sich dann aufgelöst, ohne dass die Bevölkerung ihre Kontinuität gefordert hätte. 47% der Koordinationstätigkeiten erfolgen direkt von den Büros der BürgermeisterInnen aus. In 18% der Fälle sind für die Wahl von Delegierten aus der teilnehmenden Bevölkerung keine Wahlverfahren vorhanden. 42% dieser Verfahren sind nur intern geregelt. Außerdem werden 56% der Bedürfnisse der Bevölkerung im Folgejahr wieder geäußert, ohne, dass sie im Vorjahr befriedigt worden wären.

Diese hohen Prozentzahlen machen es notwendig, jede einzelne Erfahrung mit der Partizipativen Haushaltsführung genau zu prüfen. Ebenso ist es erforderlich bei Kritik und Reflexion der Prozesse ihre politische Neuheit innerhalb jeder einzelnen Stadt sowie die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Besonderheiten zu berücksichtigen.

Ausgehend von diesen Unterschieden muss und kann das Wesen der demokratischen und vergemeinschaftenden Erfahrung, die bei der Partizipativen Haushaltsführung gemacht wird (oder nicht) bestimmt werden, ebenso wie der Sinn, den die daran Teilnehmenden den Mechanismen der Partizipation zuschreiben. Diese Elemente sind umso wichtiger, wenn man bedenkt, dass die Mechanismen der lokalen Demokratisierung hinsichtlich ihrer Effizienz betrachtet werden können, wie auch hinsichtlich ihrer demokratisierenden und politisierenden Wirkung. Diese Erfahrung kann nicht in objektiven Daten ausgedrückt werden, sondern nur in neuen Formen eines sensiblen Verstehens der Stadt, der Verwaltung, der Konflikte. Hervorzuheben ist hier besonders das Recht auf eine Stadt, welches die Wiedererschaffung der Stadt an sich voraussetzt, genau dort, wo die Bedrohung durch Privatisierung, Entstehung und Wiedereinstellung von Ungleichheiten exponentiell wächst und ganz besonders dort, wo diese Phänomene vollkommen sichtbar und wahrnehmbar sind.

In diesem Zusammenhang könnte eine Ethnographie der PH in São Paulo das erklären, was die quantitativen Daten in Tabellen, Profilen und der Darstellung von regelmäßigen Erscheinungen unterschlagen. Sowohl die Geschichte der Kämpfe jedes einzelnen Abgeordneten oder Ratsmitgliedes, wie auch die neue Erfahrung der Diskussion des Haushaltes, der Prioritäten, der Mängel und der Interventionsformen durch den Staat zeigen die Notwendigkeit der Bewertung, Überwachung und Reflexion der demokratisierenden Effektivität der Partizipativen Haushaltsführung, sowie ihrer Kapazität, sich aus Innovation und der Neuentdeckung der Stadt und der Politik zu konstituieren.

Bewertung, Überwachung und Recherche

Angesichts der unterschiedlichen Erfahrungen und Ergebnisse der Partizipativen Haushaltsführung ist es mehr oder weniger offensichtlich, dass eine Notwendigkeit besteht, diese Prozesse zum Zeitpunkt ihres Geschehens zu begleiten, zu überwachen und zu bewerten. Diese Notwendigkeit ist dem für die Partizipative Haushaltsführung in São Paulo verantwortlichen Team klar. So hat schon vom ersten Moment ihres Entstehungsprozesses an eine Begleitung in Form einer quantitativen Erhebung stattgefunden, die sowohl das Profil der Abgeordneten als auch die Ergebnisse in Bezug auf die vorher vorhandene „assoziative Kultur“ ihrer TeilnehmerInnen aufzeigt. Einige

Daten dieses Profils, wie die Erhebungen zu ihrem „staatsbürgerlichem Verhalten“, sind besonders interessant, da sie zeigen, dass die Delegierten in den Organen der Partizipativen Haushaltsführung besonders im ersten Jahr im Vergleich zur Bevölkerung der Stadt São Paulo ärmer, ungebildeter, schwärzer waren und einen höheren Frauenanteil aufwiesen. Hier könnten noch zahlreiche andere Ergebnisse aufgeführt werden, die ebenfalls unser Interesse verdienen. Jedoch muss hervorgehoben werden, dass die Notwendigkeit der Überwachung und Bewertung besonders für die innovative politische Praxis der PH gilt. Wie ist es möglich, eine Praxis zu erfassen, die die Stadt und die Politik aus einer anderen Richtung neu erschafft?

Hier muss, in Einklang mit den Vorschlägen von Maria Célia Paoli⁴, die notwendige Einheit zwischen der angewandten Methode und dem Prozess der *politischen Bewertung* der Umsetzung und Entwicklung der Partizipativen Haushaltsführung betont werden. Wenn es möglich ist, in einer ersten Instanz die Unterschiedlichkeit der anwendbaren Bewertungsmethoden zu betonen, ist es andererseits notwendig, sich über die Grenzen und Schwierigkeiten der quantitativen Methoden im Klaren zu sein, die bis jetzt ausschließlich angewendet wurden, und die der qualitativen Methoden, sowie über deren Gemeinsamkeiten. Wenn man jedoch annimmt, dass die BürgerInnenbeteiligung und die Beschlussfassung über den Haushalt der Stadt eine politische Praxis darstellen, gewinnt die Schaffung eines Bewertungsprozesses an Bedeutung, dank der schon erwähnten Einheit zwischen der Form und dem Objekt der Bewertung. Es geht darum, eine demokratische Form zu bewerten und somit um eine Form, Politik zu machen, deren Anliegen es ist, ausgehend von den speziellen Eigenschaften der Beziehung zwischen Staat und Zivilgesellschaft in Brasilien Bewertungskriterien aufzustellen. Weitere Innovationen wie die Räte und Foren machen es notwendig, zu unterscheiden, welche Komponenten einer Beobachtung bis ins Detail konzipiert werden müssen und welche auf generalisierenden Instrumenten basierend, geschaffen werden können. Somit müssen eine Praxis und ihr Sinn nicht ausgehend von sichtbaren und objektivierten regelmäßigen Erscheinungen bestimmt werden, sondern von Besonderheiten und Details, da erst diese einen Vergleich ermöglichen, durch den Veränderungen deutlich und erklärbar werden. Somit könnten allein die Dimensionen einer ethnographischen und qualitativen Erhebung zur Gegenüberstellung von nicht immer sofort wahrnehmbaren Unterschieden führen, sowie zu den Formen, die den

Diskurs ausmachen, der diesen Unterschieden Rechnung trägt, nicht nur in Bezug auf die verschiedenen Informanten, sondern auch im Verhältnis zwischen dem Recherchierenden und dem Gegenstand der Recherche.

Der Ansatz einer Ethnographie der Partizipativen Haushaltsführung müsste also von der Notwendigkeit des Verstehens der verschiedenen Konzepte ausgehen, die verschiedene Ebenen der Politisierung miteinander verweben. Angesichts der Veränderungen und Unterschiedlichkeit ist es notwendig zu erfassen, wie jede einzelne Gruppe den Anderen und seine Gründe verstehen kann, worauf sich ihre Identität gründet, welche Konflikte und Unterschiede wirken. Um diese Dimensionen offen zu legen, ist es notwendig, ins Detail zu gehen, insbesondere um die partizipativen Dimensionen und ihre Effizienz zu konzipieren und um der immer vorhandenen Möglichkeit einer Lähmung der Transformationsmöglichkeiten dieses Konzeptes durch die Vortäuschung von BürgerInnenbeteiligung entgegenzuwirken.

Diese Frage wird besonders relevant, wenn man die Tatsache in Rechnung stellt, dass das Objekt der BürgerInnenbeteiligung oder ihrer Vortäuschung die Stadt ist. In dem Maße in dem die PH sich als neue Form der Politik konstituiert und damit die Übernahme von Verantwortung und die Mobilisierung voraussetzt, muß dieser Frage unter Betrachtung des jeweiligen Kontexts der betreffenden Stadt höchste Aufmerksamkeit gewidmet werden. In diesem Zusammenhang konstituiert sich die PH in der Umkehrung der „politischen Einsamkeit“, die kennzeichnend war für die bisherigen Gemeindeverwaltungen, die die Kanäle zur autonomen BürgerInnenbeteiligung immer mehr einengten und die Stimme der Bevölkerung in der Stadtregierung zum Schweigen brachten.

Daher ist es notwendig, Kriterien zur Bewertung der politischen Besonderheit und der politischen Neuheit der Partizipativen Haushaltsführung zu schaffen, die sich inmitten der Ungleichheiten und der Ausgrenzung aller Art als ein Ort legitimiert, an dem die BürgerInnen den Sinn von Politik erkennen können und an dem die Kriterien der Gerechtigkeit wieder eingeführt werden. Weit entfernt davon, nur auf technische Effizienz, die im Gegensatz zu den demokratischen Kriterien steht, ausgerichtet zu sein, kann die PH sich in einem Kontext konstituieren, der die allgemeine Welt konkretisiert. Hierbei werden soziale Güter in öffentliche Güter jenseits von Einzelinteressen umgewandelt. In diesem Sinne ist es notwendig, die PH in ihren Konfliktdialogen zu

⁴ vgl. Bericht zum Seminar über Partizipative Haushaltsführung am 7. und 8. Juli 2003 in São Paulo

erfassen, die die sichtbarsten Identitäten erkennen lassen, und sie neu zu erschaffen, jenseits der privatisierenden Bereiche dieser Praxis.

Aus dieser Sicht muss die PH auch vor dem Hintergrund der Geschichte und der politischen Gesellschaftsfähigkeit Brasiliens als Möglichkeit der Verhandlung öffentlicher Politik im Gegensatz zu den Formen der Beherrschung und Intransparenz, die pluralistischen Entscheidungsprozesse blockiert haben, bewertet werden. So gesehen sind Untersuchen und Handeln nicht voneinander zu trennen, da sie in ihrer Wechselwirkung die Möglichkeiten zur Erarbeitung von Kriterien darstellen, mit Hilfe derer Bewertungskapazitäten als Gegenpol zu den totalitären und privatisierenden Formen kollektiver Erfahrung geschaffen werden.

Diese Argumente, die die Dimensionen der qualitativen und ethnographischen Untersuchung als Methode darstellen, die auf den Besonderheiten und der Vielfalt der Erfahrungen von Städten und Politik beruht, ersetzen nicht die Anwendung quantitativer Methoden. Eine wichtige Voraussetzung dabei ist die Bestimmung des Wesens der quantitativen Daten, sowie ihrer Struktur. Diese Frage ist besonders wichtig, da wir uns der Bedeutung der quantitativen Daten und ihrer Unabdingbarkeit für die Ausarbeitung von Diagnosen und Hypothesen bewusst sind, selbst wenn sie weder als „objektiv“ angesehen, noch mit „der Realität“ dessen, was recherchiert werden soll, verwechselt werden dürfen, da sie immer das Ergebnis einer Modellbildung sind.

Im Fall der Partizipativen Haushaltsführung in São Paulo (aber nicht nur in São Paulo, da auch in anderen Städten wie Porto Alegre und Belo Horizonte quantitative Recherchen durchgeführt wurden) geschieht die Überwachung und die Bewertung der Zusammensetzung der Plenarsitzungen und der Abgeordneten mit Hilfe einer quantitativen Recherche, anhand derer die komparativen Argumente und die zeitlichen Folgen erfasst werden. Die quantitativen Daten sind notwendig zur Erarbeitung einer Diagnose sowie von Hypothesen und Fragen, die es ermöglichen, die untersuchten Prozesse übersichtlich darzustellen. Bei der im Falle von São Paulo durchgeführten Recherche ist zum Beispiel festzustellen, dass an den Plenarsitzungen anfangs ein großer Anteil Frauen unter den TeilnehmerInnen zu finden war und dass diese Zahl sich in dem Maße verringert, in dem die Entscheidungsprozesse an Dichte zunehmen. Dies schafft alte Ungleichheiten der Geschlechter, die typischerweise die Frauen aus den Sphären der Macht und der Entscheidung fernhalten.

Aber man darf nicht vergessen, dass, selbst wenn die Konstruktion von Diagnosen und Hypothesen zugelassen wird, die Kategorien, die in den verschiedenen Tabellen

auftauchen, das Ergebnis von Verfahren zur Konstruktion dieser Daten sind. Informationen werden von einem bestimmten Blickwinkel aus gesammelt und bei dieser Suche nutzen wir bestimmte Verfahren, die wiederum durch Instrumente konstruiert werden, die ihrerseits anhand von Indikatoren Konzepte operationalisieren. Dies stellt nicht nur die Ergebnisse der Recherche, sowie die Instrumente und die Orte (also die gewählten Ausschnitte für die Schaffung eines Universums der Analyse oder eines Musteruniversums), mit und an denen diese Datensammlung erhoben wird, in Frage, sondern auch das, was ausgehend von durch diese Art der Modellbildung erfassten Regelmäßigkeiten beleuchtet oder eben im Dunkeln gelassen wird. Dies berücksichtigend kann man nach dem Sinn und der Form der BürgerInnenbeteiligung und -versammlung fragen, was zu unzähligen Antwortmöglichkeiten führen kann. Solche möglichen Antworten sind unter anderem, dass hier auf demokratischem Wege eine gemeinsame Welt an Orten geschaffen wird, wo diese nicht existiert; oder dass eine Naturalisierung bzw. technokratische Legitimierung der bestehenden Ungleichheiten sogar bis hin in die Teile des Haushaltes, die der Bewertung und Entscheidung durch die Bevölkerung unterstehen, im Gegensatz zu den Teilen, die sozusagen per Gesetz „geschützt“ sind, erfolgt. Im Fall der zur PH in São Paulo durchgeführten quantitativen Recherche können einige Daten sehr aufschlussreich sein, wie zum Beispiel die Geschlechteranteile und ihre Veränderungen, die Abwesenheit der nicht in das traditionelle Machtgefüge eingebundenen Gewerkschaften, die Altersgruppen und die verschiedenen Wertigkeiten, die der Beteiligung beigemessen werden, politische Praktiken und Kulturen im Vergleich und andere. Jedoch ist es vor dem Hintergrund einer Vielfalt von Zwecken und Formen der PH notwendig, die Kategorie des Charakters der entstehenden Beziehungsgeflechte – konstruiert aufgrund von Konzepten, die in anwendbare Indikatoren transformiert wurden - zu hinterfragen, um sowohl eine Öffnung für verschiedene möglichen Referenzen und Bedeutungen zu erreichen. Dabei muss jene einzigartige Mischung, die aus unterschiedlichen Hintergründen und politischen Praktiken je nach Gemeinde und dem institutionellen Format der PH resultiert, die vom Umfang des Haushaltes, der zur Entscheidung durch Mitbestimmung vorgelegt wird, sowie den Modi der institutionellen Interaktion oder nicht Interaktion zwischen der PH, Bewegungen und Parteigruppen beziehungsweise politischen Projekten beeinflusst wird, Berücksichtigung finden. Was bedeutet es, sich unter diesen vielfältigen konkreten

Bedingungen zu assoziieren? Um welche Zivilität geht es? Wie können die erschreckenden Ungleichheiten mit diesen Formen der Bürgerbeteiligung koexistieren? Welche Fragen gibt es bezüglich der Formen und der Krise der Repräsentation, die bei der Wahl der Abgeordneten oder sogar bei der Präsenz oder Abwesenheit der Bevölkerung in den thematischen und lokalen Plenarsitzungen der PH auftreten oder nicht auftreten? Wie kann die Parteilichkeit ausgedrückt werden? Hat die PH eine politisierende Dimension oder besteht sie in der Form der Teilung, Legitimierung und Verwaltung des Mangels und der Misere oder sogar in einer merkwürdigen Mischung aus diesen beiden Formen und politisierenden Praktiken in dem einen und entpolitisierenden Praktiken im anderen Fall? Diese Dimensionen, deren Grenzen extrem subtil sein können, können in einem anderen Maßstab betrachtet werden, dem Maßstab der Entwicklungen, der Besonderheiten und ihrer sozusagen strukturierenden Verbindungen als die allgemeinsten Voraussetzungen der Gesellschaft und der Gesellschaftsfähigkeit Brasiliens.

Diese Dimensionen und Fragen werden nur qualitativ beleuchtet, da sie aus den Bereichen der größten Vorhersagbarkeit herausgenommen werden müssen, die schon durch die Beschaffenheit der quantitativen Instrumente an sich gegeben ist. Manchmal, und das sind die interessantesten Momente, werden die Rechercheure im qualitativen Bereich überrascht von Elementen, die etwas zutage bringen, was in der numerischen Erfassung, der Erfassung von Regelmäßigkeiten, verborgen blieb. In der unerwarteten Antwort, bei der der Gefragte die Frage verändert oder verneint, indem er eine andere Frage beantwortet, die nicht gestellt wurde, indem er narrativ und nicht alternativ antwortet, können wir die unscheinbaren Facetten der Realität wahrnehmen, die darauf warten, einer Analyse oder einer qualifizierenden Erklärung unterzogen zu werden. Wenn die PH sich also als öffentliche und demokratische Praxis in einer Welt, die sich privatisiert, konstituieren kann, wenn sie sich dort konfigurieren kann, wo die Möglichkeit und die Legitimität der Gleichheit neu erschaffen werden, in einer Stadt, die das Sinnbild einer ungleichen Welt ist, wie werden dann Fragen der Gleichwertigkeit und des Maßstabs innerhalb dieser Sphäre der politischen Beteiligung behandelt? Mit anderen Worten, wie wird die politisierende Idee von Gleichheit und Recht in Einklang gebracht mit der Beteiligung der BürgerInnen an der Verwaltung der Bedürfnisse, Unmöglichkeiten und der Mängel? Wie können Kategorien geschaffen werden, die diesen Dimensionen Rechnung tragen? Oder vielmehr, wie erscheinen diese

Dimensionen in der Praxis der Funktionäre der PH und der Bevölkerung, die sie repräsentieren, abgesehen von der Theatralik und der Ritualisierung der Versammlungen? Wie vertragen sich diese Fragen mit Erfahrungen und Erwartungshorizonten? Wie schaffen sie aktuelle Bezüge? Unterscheiden sie sich je nach Größe des Stadtgebietes? Sind sie in der Lage, in das Konzept der Stadt die dynamischen Prozesse der Repräsentation, die Dimensionen der Transparenz der Haushalte, sowie Maßnahmen und Veränderungen einzuführen, die hinausgehen über die Banalisierung der Marktkriterien für Güter, Dienstleistungen, Boden und urbane Infrastruktur? Sind sie in der Lage, Stadtleben und Stadtkonzept von den rein merkantilen Werten zu befreien? Erlauben sie die Formulierung von Bewertungskriterien für die zur Abstimmung vorliegenden Fragen?

In Wirklichkeit müssen die Kriterien und Konzepte, die bei der Untersuchung angewandt werden, in der Lage sein, diese Prozesse der Erosion und der Rekonstruktion der eigenen Auffassung von Gleichheit und ihrer Legitimität im Gegensatz zu den Kriterien der technischen Effizienz und der Wettbewerbsfähigkeit auf dem Markt als Vorstufen einer öffentlichen Praxis - oder ihres Gegenteils - zu erfassen. Eben diese Dimension der Gleichheit, gedacht als eine Wiedergutmachung des Schadens, gedacht als die Erfindung einer gemeinsamen Welt und als eine Art und Weise, der sensiblen Welt Gehör zu verschaffen, gedacht als Benennung und Wiederbenennung eines Rechtes, das die Politik begründet und neu begründet, kann im Kern des assoziativen und partizipativen Prinzips liegen. Jedoch können die Präsenz des Volkes und die Formen der Beschlussfassung auch zur Legitimierung und plausiblen Erklärung der Ungleichheit führen. Dies geschieht, wenn „Nachsicht“ gegenüber antipartizipativen Tendenzen entsteht, wenn die kollektive Teilnahme und Beschlussfassung als Versüßung der Verwaltung der Mängel verstanden wird. , versüßt durch. Diese Phänomene sind durchaus in bestimmten Regionen oder bei bestimmten Themen anzutreffen.

Ein weiteres Problem zeigt sich in möglichen Widersprüchen zwischen dem Gesamtergebnis der Untersuchungen und den Aussagen der Interviews mit den verschiedenen Befragten. Das Verständnis und die Verwendung der Interviews neben anderen qualitativen Methoden setzen voraus, dass die erhaltenen Ergebnisse nicht ohne einen tieferen Prozess der Interpretation und des Verstehens durchlaufen zu haben als Daten verwendet werden können. Es geschieht häufig, dass Interviewer/Rechercheure Interviews kürzen und bestimmte Aussagen, die mehrfach erscheinen oder unwichtig zu

sein scheinen streichen. Bestimmte Dimensionen dieser Aussagen könnten jedoch wichtig sein, und oft halten wir uns nicht mit ihnen auf, da sie ganz offensichtlich nicht auf das eingehen, nach dem wir „suchen“.

Die narrativen Formen, in denen die Interviewten antworten, erweisen sich so gesehen als sehr aufschlussreich, ebenso wie häufig auch Informationen und Kommentare bezüglich der Fragen, die demjenigen, der die Antworten hört und registriert, vollkommen redundant erscheinen.

Der Gesprächsfaden, der Diskurs des Sprechenden, die Anwesenheit des Interviewers, die Aussage, die man an Stelle einer anderen Person trifft, die Konstruktion des Diskurses, die Bilder, die in seinem Inneren Form annehmen – dies alles sind wichtige Schlüssel zum Verständnis der Phänomene, die verstanden werden wollen. Solche Elemente, die gewissermaßen den Rahmen der Datensammlung und der qualitativen Analyse darstellen, bieten sich uns nicht einfach so an. Es sind aber Daten der gleichen Art wie die, die quantitativ behandelt werden, da sie einen Prozess der Interpretation und Bewertung durchlaufen müssen, der es ermöglicht, tatsächlich die erforschten Situationen und ihren Sinn zu beleuchten. Ihre Nutzung setzt somit voraus, dass man sozusagen ethnographisch zuhört und registriert und somit einen Prozess des Verständnisses des Sinns und der Formen der Darlegungen induziert. Es ist wichtig, das, was die Interviewten sagen, zu verstehen und darüber zu reflektieren. Zu berücksichtigen ist auch, zu wem sie sprechen und wie sie sprechen, wie sie sich artikulieren und wie sie diskursive Muster benutzen, um ihren Erfahrungen eine Form zu geben. Mehr als nur das Zuhören und die Transkription des Gesprochenen (an sich schon ein Teil der Interpretation) ist als Grundlage eines Vergleiches mit der theoretischen Ausarbeitung vollkommen unabdingbar, wenn bei der Erhebung Ergebnisse gefunden und benannt werden sollen.

Außerdem muss hervorgehoben werden, dass die eine hinreichende Breite der Aussagen dann gegeben ist, wenn auch eine Vielfalt der Befragten vorhanden ist (ältere oder jüngere, aus verschiedenen Teilen der Stadt, mit verschiedener Herkunft und Entwicklung, Männer und Frauen, Vertreter der Stadtregierung und der Bewegungen, Abgeordnete und Mitarbeiter der Basis, etc.). Sie ermöglicht es, die Vielfalt der Bedeutungen, Beschreibungen und Bewertungen in Bezug auf die laufenden Prozesse zu verstehen. Die Aussagen in ihrem Vergleich von dem, was sie benennen und was sie verschweigen, wenn sie das beschreiben, was sich den Augen des Rechercheurs offensichtlich als „die gleiche Realität“ präsentiert, können es ermöglichen, Konflikte

zwischen Welten aufzudecken, die sich auf subtile Weise voneinander unterscheiden, sowie zwischen den unterschiedlichen Formen des Verstehens und Benennens. Häufig erlaubt dieser Vergleich von Formen, über die Welt zu sprechen und sie zu beschreiben, etwas zu erfassen, was möglicherweise als „Nichtübereinstimmung“ dort betrachtet werden kann, wo Konsens oder Formen der Zustimmung in Bezug auf den Inhalt der Vorschläge und Überlegungen vorzuliegen scheint. So sind in einem solchen Rahmen Unterschiede und Ungleichheiten der Geschlechter, des Gemeinschaftssinnes, der Formen der Beteiligung, Ungleichheiten, Asymmetrien, Hierarchien, die unter der Oberfläche liegen erfassbar.

An dieser Stelle wäre es vielleicht angebracht, sich daran zu erinnern, dass die sozialen Bewegungen und auch die Gewerkschaftsbewegungen Ende der 70er und im Laufe der 80er Jahre sich durch eine Logik der Besetzung von Positionen auszeichneten, die beharrlich das autoritäre Format außer Acht lies. Sie wurden angesichts einer Reihe von Praktiken, die sowohl den Staat als auch die autoritären sozialen Beziehungen demokratisierten oder zu demokratisieren versuchten zu legitimen öffentlichen Gesprächspartnern. Es ist außerdem notwendig, sich an die nicht einfachen Beziehungen zwischen der autonomen Organisation von Gruppen, Verbänden, und Bewegung auf der einen Seite und der Institutionalisierung dieser Bewegung, sowie an die damit verbundenen Errungenschaften und Verluste zu erinnern. Ist es immer noch möglich, ausgehend von dieser Logik zu denken? Welche Gestalt nehmen diese Fragen innerhalb der PH in seiner Vielfalt an? Hier ist es vielleicht wichtig, sich mit Baierle zum Beispiel die Verbindung zwischen den sozialen und gemeinschaftlichen Bewegungen und der Einführung der PH in Porto Alegre ins Gedächtnis zu rufen. Wie sind diese Verbindung und diese Entwicklungen in São Paulo denkbar?

Die Vielfalt, die in den qualitativen Interviews erfasst wird, kann somit zu einem wichtigen Schlüssel zum Verständnis der Widersprüche werden, ohne das wir einige der interessantesten Dimensionen der Erhebung übersehen würden. Die Struktur der Befragung und die Formen der Analyse der Wertigkeit der quantitativen Daten und der qualitativen Dimensionen erfordern also von den Rechercheuren verschiedene Filter und Sensibilitäten ebenso, wie theoretische und methodische Horizonte, die sich in Bezug auf die Sprache und ihr Verhältnis zu den Praktiken gegenseitig hinterfragen. Das Zuhören und das Einsetzen von Worten und von Schweigen können so gesehen Spuren, Anzeichen und Bedeutungen bieten, ohne die die Arbeitsrealität regelmäßig verarmen würde.

Subjektivität und Objektivität

In den soziologischen Analysen finden wir regelmäßig, besonders seit den 80er Jahren, Behauptungen, Hypothesen und Berichte, die sich auf die subjektiven Dimensionen und Kategorien beziehen und ihre Bedeutung für das Verständnis von Zustimmung, Widerstand und Konflikt hervorheben.

So gesehen können die Ergebnisse der Recherchearbeit in Bezug auf das, was als „Subjektivität“ oder als „subjektive Kategorien“ bezeichnet und anerkannt wird, die objektiven Prozesse verbergen oder überlagern. Besonders wenn es um Konsensbildung und Formen der Zustimmung geht, können durch einen wachsenden Grad an Legitimität von Entscheidungen, die in Beteiligungsprozessen getroffen werden, Folgen von Privatisierungstendenzen in wichtigen Lebensbereichen ebenso wie der Verlust sozialer Rechte aus dem Blick geraten. Hier kommt ein anderes Element dieser „Subjektivitäten“ ins Spiel: die fortschreitende Ersetzung der universalisierenden Kriterien der sozialen Rechte durch auf Gewinn ausgerichtete Kriterien oder Marktkriterien, die zunehmend prekäre und vom Zufall abhängige Lebensumstände schaffen, an der Grenze zwischen Beschäftigung und Arbeitslosigkeit, zwischen dem formellen und informellen Sektor, zwischen sozialen Leistungen und ihrem Fehlen. Die Einschränkung oder Beseitigung von Rechten, die Zurückdrängung der universalen Ideale hat dazu geführt, dass einige der öffentlichen Dienste in eine „Sache der Armen für die Armen“ umgewandelt wurden. Dies hat zur Folge, dass sie nicht mehr ein Instrument der Gleichheit sind, sondern ein Produkt und Aval der Ungleichheit, nicht mehr Ausdruck sozialer Rechte, sondern die einzig bleibende Alternative im Sinne einer Notlösung.

Um die Grenzen zwischen Konflikt und Zustimmung in Prozessen der PH, sowie die Eigenheiten, die Wesen und Erscheinungen der Repräsentations- und Delegationsmechanismen charakterisieren, wahrnehmbar und sichtbar zu machen, scheint es neuer theoretischer und methodischer Anstrengungen zu erfordern, die über eine Klassifizierung hinausgehen, die die objektiven und subjektiven Phänomene systematisch darstellt. In diesem Sinne ist es nur in der feinen Struktur der qualitativen Recherche möglich, die Grenzen zwischen den objektiven und den subjektiven Umständen, die symbolischen Dimensionen der Rechte, sowie die universalisierenden Dimensionen der Gleichheit oder ihr Gegenteil, die Renaturalisierung oder Entnaturalisierung von Ungleichheiten zu entdecken. Die Dilemmas und

Herausforderungen der Recherche scheinen ihren Ursprung in dem Ansinnen zu haben, Prozesse sichtbar zu machen, die über den Bereich der offiziellen und institutionellen Reden hinausgehen, Prozesse benennbar und wahrnehmbar zu machen, deren empirische Benennung und Lokalisierung sich immer schwieriger gestaltet. Ein Teil der Schwierigkeiten scheint in der Vielfalt von Bedeutungen von Begriffen begründet zu sein, die dazu führt, dass einige Kategorien miteinander vermengt werden. Dies ist zum Beispiel der Fall bei der Charakterisierung von Arbeitstätigkeiten, der Benennung von Formen der sozialen Exklusion, oder natürlich bei der Beschreibung von Prozessen im „informellen Sektor“, der aus selbständigen Zeitarbeitern besteht, die nicht erfasst sind, unter unsicheren Umständen leben, etc. Andere Elemente rühren von der Tatsache her, dass Gruppen im Rahmen der BürgerInnenbeteiligung und der entstehenden Beziehungsgeflechte nach klassisch-ökonomischen oder steuerrechtlichen Kriterien gebildet werden – Stadtbewohner, Familienväter/-mütter –, die sich in der Wirklichkeit aber in zunehmendem Maße diesen Kriterien in ihrem klassischen Verständnis entziehen. Das Hinterfragen der neuen Phänomene, der neuen „Institutionalitäten“ und Innovationen wie der PH in ihren verschiedenen Erscheinungsformen und die Benennung und Analyse ihrer neuen Realitäten erfordert die Bewahrung und Erweiterung einer kritischen Bewertung, ohne die wir Gefahr laufen, uns mit kanonischen Diskursen und Praktiken auf der einen Seite und mit Teilstudien auf der anderen Seite aufzuhalten. Vielleicht wird es zunehmend notwendig zu bedenken, dass es wichtige Schnittstellen und Wechselbeziehungen zwischen den Untersuchungsmethoden gibt, die nicht nur den quantitativen Daten Rechnung tragen, sondern auch dem Aufspüren von Sensibilitäten, Gedächtnis, Entwicklungen, Aussagen und Praktiken, die nicht gemessen oder auf Kategorien reduziert werden können. Hierbei geht man von Kriterien aus, die einer Sichtweise Rechnung tragen, die über modellhafte Polarisierungen des Realen hinausgehen so dessen Komplexität nicht verbergen.

Die PH und die politische Praxis

Die Überlegungen zum Widerspruch zwischen repräsentativer und partizipativer Demokratie, die Grenzen, die durch deren beider Eigenheiten gesetzt werden, die Vielfalt der Erfahrungen mit der PH zeigen, dass - mehr noch als die Konzepte - die Dimensionen, die die öffentliche und private Sphäre ausmachen, sowie die Prozesse der

Privatisierung oder Vergemeinschaftung einen Leitfaden darstellen können, der unsere Studienobjekte unter Druck setzt und bereichert und somit die Beziehungen zwischen diesen beiden Sphären des sozialen Lebens beleuchtet. Ausgehend davon es außerdem möglich, den vermeintlich „virtuosen“, abgeschlossenen Charakter der Prozesse der Partizipativen Haushaltsführung in Frage zu stellen. Welches sind ihre Transformationspotenziale? Sind es Praktiken, sind es neue Formen der Politik? Ist es möglich, in ihrem Inneren die Beibehaltung und Reproduktion der archaischen Formen des Gefallens, der Fügsamkeit und der persönlichen Beziehungen zu entdecken, die in Brasilien typischerweise als Gegenteil der Möglichkeiten der Gleichheit, des Maßstabs und der Gleichwertigkeit auftreten, die in den Vertragsformen vorausgesetzt werden? Diese Dimensionen zu qualifizieren bedeutet vielleicht, das Ausmaß der demokratischen Innovation zu verstehen und zu qualifizieren, sowie zu thematisieren, auf welche Weise ihr Transformationspotenzial in Erscheinung tritt.

Wenn als Grundlage die Frage der Einheit von Methode und Objekt der Untersuchung genommen wird, auf die Maria Célia Paoli hinweist, so scheinen die ethnographischen Untersuchungsmethoden unabdingbar für das Verstehen der politischen Praxis zu sein. Denn nur ausgehend von diesen Dimensionen ist es dem Untersuchenden möglich, ein realitätsnahes Bild zu erarbeiten, indem er dem Befragten seine Daseinsberechtigung zurückgibt und sein Bedürfnis, von seinen Visionen über den öffentlichen Raum ausgehend seinen Platz in diesem Raum zu bestimmen, Freiheit lässt. Das Verständnis der unterschiedlichen Wege und Möglichkeiten politischer wie öffentlicher Praxis erfordert eine Sensibilität bei der Recherche, die in der Breite öffentlichen Handelns und öffentlicher Debatte, unter der Sichtweise der Neuerfindung einer gemeinsamen und pluralen Welt, mit einem Wort, in der Möglichkeit der Politik in ihrer ganzen Vielfalt operiert.

Bibliografie

- Avritzer, Leonardo e Navarro, Zander – A inovação democrática no Brasil. Cortez Editora, São Paulo, 2003.
- Blanco, Jr., Cid – Relatório sobre a experiência do Orçamento Participativo no Brasil – UNESCO, Peru, 2003.
- Bourdieu, P. – A Miséria do Mundo. Petrópolis, Vozes, 1998.
- Cadernos Pólis – Orçamento Participativo em Municípios Paulistas – 1997-2000. São Paulo, Pólis, 2002.
- Dagnino, E. Sociedade Civil e Espaços Públicos no Brasil – Paz e Terra, Rio de Janeiro, 2001.
- Fedozzi, L. – Orçamento Participativo: Reflexões sobre a experiência de Porto Alegre, Tomo Editorial, IPPUR, Porto Alegre 2001 (3^a. Edição).
- Oliveira, F et al. – “*Atas da Revolução*” in Democracia Viva – www.ibase.org.br.
- Paoli, Maria Célia et al. – Relatório do Seminário Orçamento Participativo, São Paulo, 2003 (mimeo).
- Ribeiro, Ana Clara e Grazia, G – Experiências de Orçamento Participativo no Brasil – Período 1997 a 2000. Editora Vozes, Petrópolis, 2003.
- Silva, Marcelo K. – Cidadania e Exclusão – Os movimentos sociais urbanos e a experiência de participação na gestão municipal de Porto Alegre, Editora da UFRGS, Porto Alegre, 2002.